

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse:  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Bezugspreis:  
Rt. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 27.

Donnerstag, 2. Februar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter des Kaiserl. Postamtes 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Kaugeld-Kassette für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Postamtstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Sonnabend, den 4. Februar 1893,

Vormittags 10 Uhr.

Im Gerichtshause hier 2 Bettstellen, 2 Deckbetten, 2 Kissen, 1 Lade, 1 Sopha, 1 Spiegel, 1 Tisch, 1 Kleiderschrank, 1 Kommode mit Aufsatz, 2 Stühle Stoff, 2 rothwollene Decken, 2 Leuchter und 1 Sessel mit silbernem Portepöt gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 31. Januar 1893.

Der Gerichtsvollz. beim Rgl. Amtsger. daf.  
Eidam.

## Bekanntmachung.

Infolge der Erkrankung des Kirchrechnungsführers F. Hoffa hier hat die Verwaltung der Kirchrenten von heute an

Herr Diac. Burghardt hier, Ode-Parl- und Albertstraße, bis auf Weiteres übernommen. Expeditionszeit: An Wochentagen Vorm. 10—12 Uhr. Riesa, den 2. Februar 1893.

Der Kirchenvorstand.  
Führer, P.

## Verdingung.

Die Lieferung von ungefähr 110 cbm Kiefernholz, 5150 kg Petroleum, 150 m Dothband, 100 kg Talgseife, 360 kg trock. Soda, 1500 kg Chlormagnesium, 7500 kg weißen mährischen Kalk für die Zeit vom 1. April 1893 bis 31. März 1894 soll öffentlich verdingt werden. Bewerber wollen die Bedingungen im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung vorher einsehen und ihre Angebote versiegelt bis 8. Februar 1893, Vormittags 10 Uhr dahin einbringen.

Riesa, am 23. Januar 1893.

Königliche Garnison-Verwaltung.

## Tagesgeschichte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an hervorragender Stelle folgende Ausrufung: „Diese Blätter bringen einen telegraphischen Auszug aus einem Artikel des „Moniteur de Rome“, der in der Sendung des Generals von Loeb einen Beweis für die verzweifelte und vergeblichen Anstrengungen“ erbringt, welche man in Berlin macht, um „des Vatikans Hilfe für die Durchbringung der Militärvorlage zu erreichen; der Heilige Stuhl habe keine Ursache zu einer Einmischung in die Militärfrage; es wäre unklug, auf eine Hilfe zu rechnen, die ausbleiben werde.“ Nach unferen Informationen ist der „Moniteur de Rome“, nach Lösung seiner Beziehungen zum Vatikan, seit einigen Wochen in die Hände eines französischen Konsultanten übergegangen; der Zweck des Blattes soll, wie es in seiner Nummer vom 1. Januar d. J. darlegte, auch fernhin der sein, „für die Rechte des Heiligen Stuhls einzutreten und das treue Echo der Gedanken und Lehren desselben zu sein.“ Das dieses Programm nur die Waise ist, hinter der sich französische Revandepolitik verbirgt, beweist der vorliegende Artikel. Wir bezeichnen denselben als den schändlichen Versuch, eine Ehrenbezeugung, welche Sr. Maj. der deutsche Kaiser dem Papste der katholischen Christenheit zu erweisen gedenkt, als Ausgangspunkt für Erfindungen und Lügen zu machen, zu dem erkennbaren Zweck, die kaiserliche Regierung bei den deutschen Katholiken zu verdächtigen und ihre auf Eudition der Behauptung gerichteten Bestrebungen zu durchkreuzen.“ Weiter findet sich in dem offiziellen Blatte folgende Abwehr: „Die „Düsseldorfer Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 30. v. M. „von hochgeschätzter Seite“ eine Berliner Mittheilung, wonach vor der letzten Entscheidung über die Militärvorlage im Reichstage Sr. Majestät der Kaiser noch ein letztes eindringliches Wort der Aufklärung in Form einer an die Volksvertretung gerichteten kaiserlichen Botschaft richten werde. Doch habe diese Absicht die amtlichen Kreise noch nicht beschäftigt. Wir können demgegenüber mit aller Bestimmtheit versichern, daß diese Nachricht ihrem ganzen Inhalt nach ebenso sehr jeder Begründung entbehrt, wie alle sonst in Umlauf gesetzten Gerüchte über eine bevorstehende Allerhöchste Rundgebung bezüglich der Militärvorlage.“

**Deutsches Reich.** Wie der „Köln. Ztg.“ aus Petersburg gemeldet wird, verlautet dajelbst, daß der Zar noch vor seinem Geburtstagwunsch an den Kaiser Wilhelm diesem in warmsten Ausdrücken über die Aufnahme des Großfürsten-Thronfolgers in Berlin gedankt hat. Wie bekennend der Verlauf dieses Besuches auf die französischen Gemüther wirkt, erhellt aus einer Meldung des Pariser „Gaulois“, der wissen will, der Zarewitsch werde im nächsten Frühjahr Paris besuchen und zwar mit längerem Aufenthalt, als in Berlin.

Der Abg. Bebel hatte im Heeresauschuß die Behauptung aufgestellt, daß im Jahre 1887 nicht nur Boulanger, sondern auch Fürst Bismarck zum Kriege gehen habe. Ein Pariser Revandepblatt sei zu diesem Zweck aus dem Reptilienfonds gespeist worden. Diese Behauptung hatte der frühere Leiter der „Revanche“ in Paris, Herr v. Peyramont, auf sich bezogen und Bebel zum Beweise seiner Behauptungen aufgefordert. Herr Bebel hat darauf einen schwächlichen Rückzug angetreten. Er hat Peyramont geantwortet, daß er ihn gar nicht genannt, ihn also auch nicht habe beleidigen können.

Die „Magdeb. Ztg.“ bemerkt dazu: „Es ist eine alte Praxis der Socialdemokratie, Dritte so zu beschuldigen, daß sie zwar mit Händen zu greifen sind, aber sich gegen den Verleumdung nicht wehren können. Eine ehrenhafte Handlungsweise ist das nicht, wenn sie auch längst erst vom „Vorwärts“ wieder in der Welfensondfrage angewendet wurde. Herr Bebel hätte zum Mindesten die Pflicht gehabt, nach dem Heroortreten des Herrn von Peyramont das Pariser Blatt zu nennen, das, mit deutschem Gelde gespeist, zum Kriege gegen Deutschland gehetzt habe. Er setzt sich sonst dem Verdachte aus, „aus sicherer Quelle“ gestunken zu haben.“

Das neueste (fünfte) Verzeichnis der an den Reichstag gelangten Petitionen enthält nicht weniger als 3105 Eingaben gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes mit über 300 000 Unterschriften, vornehmlich aus Württemberg und Sachsen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam bei den Ausgaben des landwirtschaftlichen Etats der Abg. v. Mümming (conservativ) auf die Handelsverträge zurück, welche entschieden zur Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft beigetragen hätten. Der russische Handelsvertrag würde dem Fasse den Boden austreiben. Der Landwirtschaftsminister betonte, die schlechte Lage der Landwirtschaft im Osten sei keineswegs durch die Handelsverträge allein hervorgerufen, sondern durch die Abnahme der Bevölkerung und durch das Wachsen der Schuldenlast. Man sehe schweren Zeiten entgegen, das Zugrundegehen der Landwirtschaft aber müsse er bestreiten.

Die Teilnehmer an einer Versammlung der Arbeitlosen in Breslau zogen am Dienstag Nachmittag um 5 Uhr geschlossen auf den Ring, Hunger! rufend. Der Versuch ins Rathhaus zu dringen, wurde vereitelt und die Menge zerstreut.

Vom Reichstag. Das Haus setzte gestern die Beratung der Anträge des Abg. Ackermann, betreffend Abzahlungsgeschäfte, Hausirhandel u. s. fort. Abg. Ackermann begründete seine Anträge, die im Interesse des schäbsten Gewerbes notwendig seien. Die Regierungen müßten festsetzen, in welchen Gegenden der Hausirhandel getrieben werden dürfe. Abg. Schäfer (Centrum) wies auf die Klagen über die Detailreisenden hin. Der Vertrieb der Coportageromane sei gänzlich zu verbieten. Abg. Schneider (freisinnig) erklärte, durch die Annahme der Anträge würden die guten Elemente aus dem Hausirhandel herausgetrieben. Der Hausirhandel habe besonderen Werth, weil dabei das Princip der Baarzahlung herrsche. Abg. v. Strombeck (Centrum) erklärte, er könne nicht für den Antrag stimmen. Man dürfe nicht einzelne Missethäter generalisiren und damit den ganzen Hausirhandel treffen. Im Einklang würden gegen 2000 Hausirer ruiniert werden. Abg. Polzmann (nationalliberal) besämpfte gleichfalls eine Beschränkung des Hausirhandels. Es sei noch keine Petition der Consumenten gegen die Hausirer beim Reichstag eingegangen. Die ergebirgische Bevölkerung sei durch den Antrag in ihrer Existenz bedroht. Man solle es der Bevölkerung überlassen, sich selbst der Hausirer zu erwehren. Abg. Bod (Socialdemokrat) bemerkte, den kleinen Hausirhandel wolle man treffen, aber die großen Verandthäuser, die die kleinen Gewerbetreibenden schwerer schädigen, lasse man unberührt. Abg. Clemm (nationalliberal) gab zu, der Hausirhandel schädige das schäbste Gewerbe, die vorliegenden Anträge seien aber zu weitgehend. Abg. Böckel (Antisemit) empfahl, die Aufmerksamkeit den schwindelhaften Reclamen zuzuwenden und eine Reclamesteuer einzuführen. Die Hausirer sollten nur

mit selbstgefertigten Waaren handeln dürfen. Abg. Viehl (Centrum) bemerkte, in Bayern sei der Hausirhandel zu einer wahren Landplage geworden. Wenn man die Hausirer veranlasse, sesshaft zu werden, so würden die Consumvereine überflüssig. Abg. Stolle (Soc.) bestritt die Zunahme des Hausirhandels. Die Waaren der Hausirer seien kein Schundwaaren. Desterreich ausgenommen, werde der Hausirhandel nirgend so beschränkt, wie in Deutschland. Abg. Schrader (freisinnig) behauptete, die Anträge seien mit einer Beschränkung, sie würden den Kreisen nicht helfen, denen sie helfen sollen. Der Antrag des Abg. Ackermann, betreffend die Einschränkung des Hausirhandels, ward hierauf abgelehnt. Für den Antrag des Abg. Ackermann, betreffend die Consumvereine, stimmten 58, dagegen 75, das Haus war als beschlussunfähig.

**Frankreich.** Marseille, 1. Februar. Infolge des Ausstandes der Bäcker müssen die Militärbäckereien in Marseille und den benachbarten Städten der Bevölkerung, Brod liefern. Infolgedessen sammelte sich mehrfach eine unruhige Menge vor den Läden an, die von den Militärbäckereien mit Vorräthen versehen worden sind. Einige Gruppen versuchten, einen mit Brod beladenen Kolonnenwagen zu plündern. Die Soldaten mußten den Wagen vertheidigen.

**Spanien.** Die amtliche Madrider „Gaceta“ veröffentlicht unterm 1. Februar eine Mittheilung der medicinischen Facultät, wonach der König von einem leichten Scharlachfieber befallen ist.

## Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 2. Februar 1893.

Die Riesner Stadtanleihe ist diese Woche an der Dresdner Börse mit 96 bezahlt worden. Kürzlich wurden Stücke mit 97 zum Kaufe ausgetreten. Man sieht hieraus, daß der Cours sich zwar sehr langsam aber jedenfalls sicher auf dasselbe Niveau erhebt, welches die 3 1/2 % Anleihen größerer Städte einnehmen, die jetzt mit 99—99 1/2 gehandelt werden.

Bei der Sparkasse zu Riesa wurden im Monate Januar 1893 2705 Einzahlungen im Betrage von 241 418 M. 90 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 1831 Rückzahlungen im Betrage von 263 125 M. 19 Pf. Neue Einlagebücher wurden 270 Stück ausgestellt. Kassirt wurden 339 Bücher. Die Gesamt-Einnahme betrug 248 198 M. 88 Pf. und die Gesamt-Ausgabe 325 191 M. 68 Pf.

Fortsetzung der Mittheilungen über unseren diesjährigen städtischen Haushaltplan. In dem Haushaltplan der Caserne für die reitende Artillerie finden wir eine außerordentliche Post von 4000 Mark zur Erneuerung der Wege in dem großen Casernenhofe und zur Ausführung einiger Beschleunigungs- und Pflasterungsarbeiten eingestellt. Diese Straßen sind im Bedarfsfalle seit der Erbauung der Caserne immer nur ausgebessert worden und der Bauauschuß hatte sich deshalb überzeugt, daß der Zustand derselben nun einmal eine grundsätzliche Neuherstellung erfordere. Auch Rath und Stadtvorordnete sahen die Nothwendigkeit hierzu ein und verwilligte die geforderte Summe. — Böllig neu erscheint im diesjährigen Haushaltplan erstmalig das Comto der neuen Caserne an der Friedrich August-Strasse. Da jedoch der Bau noch nicht vollendet ist, auch die umfangreichen Verträge zwischen der Stadt und Militär-Verwaltung über die Ueber-